Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 19. Februar 1881. Nr. 84.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

15. Sitzung vom 18. Februar.

Am Ministertische: Maybach, Bitter, Dr. Friedberg, Graf Stolberg-Wernigerode, später Fürst Bismarck und zahlreiche Regierungs-Kommissarien.

Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um $10^{3}/_{4}$ Uhr.

Tagesordnung:

Spezial-Berathung des Verwendungs-Gesetzes.

Zu § 1, welcher lautet: „Drei Monatsraten der Klassensteuer und der fünf untersten Stufen der klassifizirten Einkommensteuer bleiben in Zukunft außer Hebung, vorbehaltlich der Reform der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer. — Welche Monatsraten unerhoben bleiben, hat der Finanzminister zu bestimmen" ergreift Prof. Dr. Dernburg das Wort. Derselbe erklärt, ursprünglich Gegner des Gesetzes gewesen zu sein, aber gerade durch die Rede des Herrn Camphausen dafür gestimmt zu sein, denn wenn eine Finanzkapazität, wie Camphausen, sage, man könne wohl einen Steuererlaß machen, so könne man auf die kleinen technischen Bedenken, welche Camphausen vorgebracht, nicht Rücksicht nehmen. Da nun der Steuererlaß sich lediglich im Rahmen des Gesetzes vom 12. Juli 1880 halte, so sei das Gesetz um so mehr anzunehmen, als diese Angelegenheit eine von vornherein kaum geahnte Bedeutung angenommen habe und da dieses Haus doch nicht eine Kabinetsfrage herbeiführen könne.

Oberbürgermeister Becker (Düsseldorf) führt aus, daß, wenn er die Zusicherung des Ministerpräsidenten, die Schullasten auf den Staat zu übernehmen, vor seiner vorgestrigen Rede gekannt hätte, er diese kaum gehalten haben würde. Redner befürchtet jedoch einen Mißstand dadurch, daß Niemand sich in die 6. Klasse würde einschätzen lassen wollen. Dem könne nur durch eine Reform der Klassensteuer begegnet werden. Er bäte die Regierung, baldigst mit derselben vorzugehen; dieselbe werde in beiden Häusern freundliches Entgegenkommen finden.

Oberbürgermeister Friedensburg erklärt, den Gesetzentwurf annehmen zu wollen als eine Kompensation für die am meisten belasteten Steuerzahler. Gerade er als Vertreter einer großen Stadt erkläre sich im Gegensatz zu seinem Kollegen für das Gesetz. Er sehe in der Finanzlage keinen Grund, gegen das Gesetz zu stimmen und sei durch die Rede Camphausen's vollständig überzeugt, daß der Steuererlaß finanziell durchführbar sei. Ihm sei es ganz gleich, aus wessen Initiative das Gesetz hervorgegangen sei, ob aus der des Abg. Richter oder Jemand anderen; wenn das Gesetz gut sei, so werde er es annehmen und nicht aus diesem Grunde wie Beseler gegen dasselbe stimmen.

Professor Beseler berichtigt thatsächlich, daß er nicht aus diesem Grunde allein dagegen stimme.

Darauf wird der Schluß der Diskussion beantragt.

Für denselben ergreift das Wort der Ministerpräsident Fürst Bismarck: Ich habe nicht unterlassen wollen, dem Hause davon Mittheilung zu machen, daß nach den gestern gefaßten Beschlüssen der Landtag am Mittwoch geschlossen werden wird; es bleiben also diesem Hause nur noch vier Tage Zeit zur Erledigung seiner noch sehr umfangreichen, wichtigen Arbeiten. Da wir uns nun bereits 3 Tage mit diesem Gesetze beschäftigt haben und diejenigen Herren, welche noch auf der Rednerliste stehen, fast alle schon gesprochen haben und uns auch wohl kaum etwas Neues zu sagen haben werden, so bin ich aus Rücksicht auf die Geschäftslage dieses Hauses für Schluß der Diskussion.

v. Senfft-Pilsach spricht gegen den Schluß. Es gäbe sehr wichtige Momente, die noch gar nicht zur Sprache gekommen seien. Er stehe seit 3 Tagen auf der Rednerliste, ohne zum Wort gekommen zu sein.

Darauf wird die Diskussion geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Dieselbe ist eine namentliche; es betheiligen sich an derselben 135 Mitglieder; davon stimmen 94 für, 41 Mitglieder gegen § 1. Derselbe ist mithin angenommen.

Zu § 2 nimmt das Wort Baron von Senfft-Pilsach, bleibt aber, seines hohen Alters wegen sehr leise sprechend, unverständlich.

§ 2 wird angenommen.

An der Debatte über § 3 betheiligen sich Graf Brühl, Becker (Düsseldorf), Regierungskommissar Geh. Rath Schmidt, v. Kleist-Retzow.

§ 3 und der Rest des Gesetzes, sowie das ganze Gesetz werden mit sehr großer Majorität angenommen.

Darauf wurde zur Berathung des Staatshaushaltsetats geschritten.

Der Berichterstatter empfahl die Annahme desselben.

Nach längerer Debatte, an welcher sich eine beträchtliche Mitgliederzahl betheiligt, wird das Staatshaushaltsgesetz genehmigt und in den letzten Gegenstand der Tagesordnung eingetreten: Gesetz betreffend die Ausübung des Pfandleih-Gewerbes.

Die Kommission beantragt, dem Gesetze in der Fassung des Aageordnetenhauses zuzustimmen. — Dies geschieht.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

T.-O.: Zuständigkeitsgesetz, Kreisordnungsnovelle, Oberbonsfeld, Rechnungssachen.

Schluß $4^{1}/_{2}$ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung vom 18. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um $11^{1}/_{4}$ Uhr.

Am Ministertische: Mehrere Regierungs-Kommissarien.

Der Präsident macht Mittheilung von dem gestern erfolgten Ableben des Abg. Dr. Oetker. Die Mitglieder des Hauses ehren das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

In einem an das Präsidium gerichteten Schreiben entschuldigt der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten seine und die Nichtanwesenheit von Regierungs-Kommissarien bei der Berathung über die Denkschrift betreffend die Stromregulirungen in der Sitzung vom Dienstag damit, daß dieser Gegenstand an letzter Stelle auf der Tagesordnung gestanden und daß er der Meinung gewesen, es würde die Erledigung der vorhergehenden Nummern der Tagesordnung einen längeren Zeitraum erfordern, als dies thatsächlich der Fall gewesen. Der Minister bittet daher die Abwesenheit zu entschuldigen.

Tagesordnung:

I. Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Deckung von Ausgaben der Rechnungsjahre 1878/79 und 1879/80 und des Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder vom 13. März 1878.

Beide Vorlagen werden debattelos definitiv genehmigt.

II. Berathung des Berichts über die Bauausführungen der Eisenbahnverwaltung während des Zeitraumes vom 1. Oktober 1879 bis dahin 1880.

Derselbe wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

III. Berathung des Berichts über die Ergebnisse des Betriebes der Staatseisenbahnen im Jahre 1879/80.

Abg. Rickert beantragt unter Darlegung der Verhandlungen innerhalb der Budgetkommission auch diesen Bericht durch Kenntnißnahme für erledigt zu erklären.

Abg. Richter: Es sei früher der Wunsch ausgesprochen, über die Rentabilität derjenigen Bahnen, welche in Staatsbesitz übergegangen, dem Hause Auskunft zu geben. Eine solche Bahnlinie, die angekauft worden, sei auch die Nordbahn. Eine solche Auskunft würde allerdings noch keinen Rückschluß auf das gesammte Anlagekapital zulassen, da der Staat die Bahn nicht gebaut, sondern gekauft habe, und bei diesem Kaufgeschäft die Aktionäre bekanntlich leer ausgegangen seien. Redner knüpft nun hieran eine persönliche Bemerkung auf die gestern vom Fürsten Putbus im Herrenhause gegen ihn erhobene Beschuldigung. Bekanntlich habe man in der Debatte über die Judenfrage am 17. November v. J. von den Ausschreitungen bei den Gründungen gesprochen. In Folge eines Zwischenrufs habe er auch Namen genannt und unter diesen auch den Fürsten Putbus. Dem Herrenhaus habe nun Fürst Putbus mitgetheilt, daß er wegen dieser Aeußerung von ihm (Redner) Genugthuung gefordert, daß er aber dieselbe verweigert habe. Das so dargestellte Sachverhältniß sei nicht ganz genau. Fürst Putbus habe vier Wochen nach jener Sitzung an ihn ein Schreiben gerichtet, in welchem von der Voraussetzung ausgegangen war, daß Redner seinen Namen in der Absicht, ihn persönlich zu beleidigen, öffentlich genannt habe. Er (Redner) habe darauf erwidert, daß diese Voraussetzung eine irrthümliche sei. Er habe den Namen des Fürsten Putbus nur genannt, provozirt durch einen Zwischenruf. Was die Gründung selbst anlange, so habe er sich schon damals auf dasjenige Thatsächliche bezogen, was in dem Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission über die Gründung der Nordbahn enthalten gewesen. Inwieweit die von ihm behaupteten Gründer-Ausschreitungen auf die Gründung der Nordbahn zutreffen, das zu beurtheilen überlasse er dem öffentlichen Urtheile. Dieselben zum Gegenstande einer parlamentarischen Kritik zu machen, liege im öffentlichen Interesse. Er habe von seinen Erklärungen nichts zurückzunehmen und überlasse die Beurtheilung seiner Handlungsweise seinen Kollegen.

Abg. Schmidt (Stettin) tritt für einen einheitlichen Personentarif ein.

Der Regierungs-Kommissar erwidert, daß auch die Staatsregierung eine Gleichmäßigkeit der Personentarife für wünschenswerth halte und bestrebt sei, dieselbe herbeizuführen.

Abg. Dr. Meyer (Breslau) lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Nothwendigkeit einer Provinzial-Eisenbahnstatistik über den Waarenverkehr. Außerdem tadelt Redner, daß die Stadt Krefeld keinen einzigen Zug besitzt, mit welchem der Reisende ununterbrochen nach Berlin reisen könnte.

Der Regierungs-Kommissar erwidert, daß die Eisenbahn-Verwaltung bemüht sei, die Herstellung einer einheitlichen Statistik über den Waarenverkehr auf den Eisenbahnen einzuleiten. Die Vorarbeiten dazu seien im Gange. Was die Verbindung der Stadt Krefeld mit Berlin anlange, so habe die Staatsregierung bereits Veranlassung genommen, bei der Direktion der rheinischen Eisenbahn die Einrichtung von Anschlußzügen zu befürworten.

Abg. Büchtemann macht wiederholt darauf aufmerksam, daß seit der Uebernahme der Privatbahnen in den Staatsbetrieb selbst nützliche Bauten zurückgeblieben sind. Ferner hält Redner den Staat nicht für verpflichtet, unsere Eisenindustrie rentabel zu machen und theurere Preise für Eisenbahnschienen zu zahlen, als selbst das Ausland zahle. Redner giebt eventuell anheim, die Schienenfabrikation selbst in die Hand zu nehmen.

Nach einer kurzen Bemerkung vom Regierungstisch ergreift der

Abg. Reichensperger (Köln) das Wort, um die Angelegenheit des Centralbahnhofes in Köln, bezüglich deren eine Menge Petitionen an die Regierung gerichtet wurden, zur Sprache zu bringen.

Der Regierungs-Kommissar giebt in dieser Beziehung einige beruhigende Erklärungen ab.

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Kommissions-Antrag, den Bericht durch Kenntnißnahme für erledigt zu erklären, wird angenommen.

Einen gleichen Antrag stellt die Budget-Kommission bezüglich des weiteren Gegenstandes der Tagesordnung, betreffend die Denkschrift über die bisherigen Erfolge der im Laufe des Jahres 1880 eingetretenen Erweiterung und Konsolidation des Staatseisenbahnbesitzes.

Ueber diesen Antrag berichtet der Abg. Dr. Hammacher, jeden einzelnen Abschnitt der Denkschrift ausführlichst erläuternd. Redner hebt am Schlusse seines fast einstündigen Referats besonders hervor, daß die Erwartungen, welche man an die Erweiterung des Staatsbahnbesitzes geknüpft habe, nicht getäuscht worden seien und daß er nicht umhin könne, Namens der Budget-Kommission hier der Eisenbahn-Verwaltung Dank auszusprechen, für ihre großen Anstrengungen, durch welche allein ein solcher Erfolg hätte erzielt werden können.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird, einem Wunsche des Abg. Berger gemäß, die Diskussion in jenen 4 Abtheilungen geführt werden, wie sich dieselben aus der Denkschrift ergeben.

Abg. Büchtemann erwähnt zunächst der verschiedenen größeren Bahnhöfe, die ganz kolossale Summen verschlungen hätten. Es sei falsch, die östlichen Verhältnisse stets den Ausführungen zu Grunde zu legen, denn nie gehe bezüglich der Erfahrungen im Eisenbahnwesen der Zug von Osten nach Westen, sondern umgekehrt. Redner berührt die Nichtausführung gewisser Eisenbahn-Projekte in Rheinland und meint schließlich, daß die in der Denkschrift nachgewiesene Ersparniß nicht weise sei, da die Regierung jedenfalls auf anderem Wege Privatkapital wieder suchen müsse.

Abg. v. Eynern stimmt dem Vorredner bezüglich seiner Ansicht über die Nichtausführung einiger rheinischen Bahnlinien bei und motivirt seine Ansicht näher.

Bei der Debatte über den zweiten Abschnitt erhält der Abg. Bachem das Wort. Redner spricht namentlich über die Lage und die Stellung der unteren Eisenbahn-Beamten und hebt hervor, daß die Staatsregierung ohne Weiteres diese Unterbeamten der angekauften Bahnen direkt zu Staatsbeamten machen könne. In warmer Weise tritt Redner für diese Beamten ein und wünscht, daß dieselben nicht ungünstiger gestellt werden möchten, als die bei den Staatsbahnen bisher verwendeten Unterbeamten. Am Schlusse seiner Ausführungen bittet Redner die Regierung, sie möge darauf halten, daß auch bei den rheinischen Bahnen die Verfügung des Reichseisenbahnamtes, bezüglich der Sonntagsruhe, genauer befolgt werde, da an hohen katholischen Feiertagen die Be- und Entladungen wie an den Wochentagen vorgenommen worden seien.

Der Herr Regierungs-Kommissar rechtfertigt den Standpunkt der Regierung und erwähnt, daß letztere in jeder Beziehung Gerechtigkeit walten lassen würde und daß eine Bevorzugung nicht stattfinden solle.

Abg. v. Heereman tritt ähnlich wie der Abg. Bachem für das Interesse der Subaltern-Beamten der verstaatlichten Bahnen in ausführlicher Rede ein und bittet die Eisenbahn-Verwaltung um deren besonderes Wohlwollen für diese Beamten.

Abg. Berger spricht dagegen, daß im Eisenbahndienste in den höheren Stellen vorzugsweise juristisch gebildete Personen und keine technisch gebildete Fachmänner verwendet werden. Er glaubt, daß dies dem Interesse der Eisenbahn-Verwaltung zuwiderlaufe. Redner tritt noch für verschiedene Beamten-Kategorien ein und empfiehlt deren besondere Berücksichtigung seitens der Eisenbahn-Verwaltung.

Der Herr Regierungs-Kommissar widerlegt verschiedene von dem Vorredner vorgebrachte Punkte und betont speziell, daß die juristisch gebildeten Assessoren, gegen welche der Abg. Berger gesprochen, an der Spitze der Dezernate stehen und naturgemäß die technischen Beamten hinter jene zurücktreten müßten.

Abg. Büchtemann geht auf das vom Abg. Berger berührte Thema näher ein und läßt sich ausführlichst über dasselbe aus, hauptsächlich seine Ausführungen durch Spezialfälle illustrirend, und gewisse Darlegungen des Abg. Berger beleuchtend.

Abg. Berger wendet sich gegen den Vorredner und bedauert, daß derselbe Veranlassung genommen, ihn (Redner) anzugreifen.

Abg. Rickert nimmt die Gelegenheit ebenfalls wahr, für die Unterbeamten eine Lanze zu brechen. Er befürchtet, daß, wenn der Minister diese Beamten ferner so einschränke, der Dienst darunter leiden würde. Er bittet die Regierung, die Kräfte der Beamten nicht allzusehr auszunutzen und legt das Wohl derselben der Regierung ans Herz.

Abg. Dr. Petri erwähnt einiger ergangener Verfügungen, bleibt aber auf der Journalistentribüne unverständlich.

Der Regierungs-Kommissar geht zu einer gründlichen Widerlegung des Abg. Rickert und weist Punkt für Punkt das korrekte Verhalten der Regierung nach.

(Der Vicepräsident v. Benda theilt, nachdem die Diskussion geschlossen, mit, daß die betreffende Abtheilung nach Schluß der heutigen Sitzung zur Neuwahl eines Mitgliedes der Ver-

wendungsgesetz-Kommission an Stelle des Abg. Richter, welcher seinen Austritt aus der Kommission erklärt hat, zusammentritt.)

Nachdem der Referent noch gesprochen, wird der Antrag der Kommission genehmigt.

Den Schluß der heutigen Tagesordnung bilden verschiedene Petitionen. Referenten sind die Abgg. Dr. Hammacher und v. Tiedemann (Bomst).

Die Petitionen werden der Staatsregierung größtentheils als Material überwiesen. Es gehören zu denselben die Petitionen, in welchen beantragt wird: die Besoldungen der Eisenbahn-Subaltern-Beamten analog den Gehältern jener der Postverwaltung zu gestalten und die Verbesserung der Einkommens- und Anstellungsverhältnisse gewisser Eisenbahnbeamten, namentlich Büreau-Assistenten und Büreau-Diätarien, sowie Stations-Assistenten, herbeizuführen.

Für das Interesse der Eisenbahnbeamten tritt sehr warm der Abg. Windthorst ein.

Es sprechen ferner noch die Abg. Rickert, Berger, v. Heereman. Letzterer rechtfertigt die Budgetkommission gegen den derselben von dem Abg. Berger gemachten Vorwurf, daß die Budgetkommission der Regierung diese Petition nicht zur Berücksichtigung überwiesen wissen wolle.

Der Regierungs-Kommissar wiederholt die in der Budgetkommission gegebene Erklärung der Regierung, während der

Abg. Dr. Windthorst in einer zweiten Rede die endliche Regelung der Gehaltsverhältnisse der erwähnten Eisenbahnbeamten betont.

Die Anträge der Kommission werden angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.
Tagesordnung: Berichte über Petitionen.
Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 18. Februar. Der Zwischenfall in der Herrenhaussitzung vom 17. Februar, bei welchem der ehemalige Finanzminister Herr Camphausen Widerspruch gegen eine frühere Angabe des Fürsten Bismarck erheben zu müssen glaubte und sich dadurch eine Rektifitation Seitens des Fürsten zuzog, war nicht blos die Folge dieses äußeren Anlasses. Die ausdrücklichen Worte des Fürsten und die Natur der Sache machen es klar, daß der Steuererlaß im genauesten Zusammenhange steht mit der geplanten Reform des Steuersystems überhaupt. Sobald Herr Camphausen sich herbeiließ, den Steuererlaß zu bekämpfen, mußte zur Sprache kommen, daß er sich damit zum Gegner der Steuerreform machte, und es mußte weiter sein früheres Verhalten als Finanzminister zu dieser Aufgabe der inneren preußischen Politik zur Sprache kommen — einer Aufgabe, die jedenfalls eine der wichtigsten und dringendsten, wenn nicht die dringendste von allen ist. Glücklicherweise ist durch die heutige Abstimmung des Herrenhauses das Gesetz über den dauernden Steuererlaß, also der erste wirksame Schritt zur Einleitung der Steuer-Reform, gesichert.

Provinzielles.

Stettin, 19. Februar. Ein gewerbsmäßiger Häuser- und Hypotheken-Kommissionär, welcher eine ihm mit einem bestimmten Provisionsversprechen aufgegebene Geschäftsvermittelung nicht nach dem Wunsche des Auftraggebers ausführt, kann, nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, I. Hülfssenats, vom 14 Dezember v. J, nicht die vorher bedungene Provision beanspruchen, auch wenn sein Auftraggeber, durch die Nothwendigkeit gezwungen, zu dem Abschluß des vermittelten Geschäftes unter den für ihn lästigeren Bedingungen sich bequemt; vielmehr hat in diesem Falle der Kommissionär nur einen Anspruch auf diejenige Provision, welche ortsüblich derartigen gewerbsmäßigen Kommissionären für ihre Geschäftsvermittelungen geleistet wird. Verspricht aber der Auftraggeber dem Kommissionär bei dem Eingehen auf das nicht dem Auftrage gemäß vermittelte Geschäft nochmals ausdrücklich, die vor der Vermittelung vereinbarte Provision zu leisten, so ist dieses Versprechen, falls es formgerecht erfolgt ist, gültig. Im Geltungsbereich des Preuß. Allg. Landrechts ist dieses erneuete Provisionsversprechen, falls die Provisionssumme mehr als 150 M. beträgt, nur dann klagbar, wenn es in Schriftform erfolgt ist.

— Vom Magistrat in Berlin ist gestern der Direktor des Stadtgymnasiums in Stettin, Herr Kern, zum Direktor des Köllnischen Gymnasiums in Berlin gewählt worden. Herr Kern hat bereits mehrere höhere Lehranstalten selbstständig organisirt und erfreut sich als Pädagoge wie als Dirigent eines hervorragenden Rufes.

— Ein Unglücksfall, der am Sonntag, den 15. August v. Js., durch einen Wagen der Straßen-Eisenbahn hervorgerufen wurde, hatte in der heutigen Sitzung der Strafkammer des Landgerichts noch ein Nachspiel, bei welchem sich der Pferdebahnkutscher Kramer wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten hatte. Am genannten Sonntage, Nachmittags gegen 5 Uhr, fuhr Kramer mit einem Wagen der Straßenbahn vom Elysium ab, in der Gren[illegible]traße lief plötzlich der zweijährige Sohn der Arbeiterfrau Schmidt vor den Wagen, wurde durch das Pferdegeschirr umgerissen und gerieth dadurch unter den Wagen, wo er durch den an den Rädern angebrachten Besen eine Quetschung des linken Beines erhielt. Kramer war nun angeschuldigt, bei Leitung der Pferde die nöthige Vorsicht außer Acht gelassen und dadurch den Unglücksfall herbeigeführt zu haben. Die heutige Beweisaufnahme ergab jedoch, daß der Kutscher in jeder Weise seine Schuldigkeit gethan hatte und die alleinige Schuld an dem Vorfall der Mutter des Kindes, der Arbeiterfrau Schmidt, zur Last fällt, da dieselbe so unvorsichtig gewesen, an einem verkehrsreichen Sonntag ihr Kind ohne alle Aufsicht auf die Straße gelassen und dort sogar in der Nähe gestanden hat, ohne zu Hülfe zu springen, da sie eifrig mit einer anderen Frau debattirte. Unter diesen Umständen beantragte die königliche Staatsanwaltschaft selbst die Freisprechung und erkannte auch der Gerichtshof demgemäß.

Der Uhrmacher Albert Priesdorf aus Pölitz bereist die umliegenden Ortschaften nicht nur, um den Bewohnern die Uhren zu repariren, sondern ihnen auch in Rechtsfällen Rath zu ertheilen. Daß er aber ein sehr gewissenloser „Volksanwalt" ist, bewies eine Verhandlung gegen den Fischer Fr. Zimmermann aus Schwankenheim, welcher angeklagt war, im September v. Js. bei der königlichen Staatsanwaltschaft eine wissentlich falsche Denunziation eingereicht zu haben. Derselbe wurde jedoch freigesprochen, da durch die Beweisaufnahme festgestellt wurde, daß der „rechtsgelehrte Uhrmacher" Priesdorf die Denunziation geschrieben und darin ganz andere Sachen angegeben hatte, als ihm von Zimmermann gesagt waren.

— Als eine gewiß große Seltenheit wird uns von dem königlichen Förster zu Karnkewitz bei Zanow, Herrn Wendt, mitgetheilt, daß im Belauf der dortigen Oberförsterei in letzter Zeit eine Buche gefällt wurde, welche 56, sage sechsundfünfzig Raummeter Holzmasse ergab, für welche ein Ertrag von 210 Mark erzielt wurde.

— In der Nacht vom 17. zum 18. d. M. wurde ein Keller in dem Hause Pölitzerstraße 95 erbrochen und aus demselben Kohlen, Holz und Kartoffeln im Gesammtwerthe von 20 Mark gestohlen.

— Die Osterferien an den höheren Schulen der Provinz Pommern werden in diesem Jahre Mittwoch, den 6. April, Mittags, beginnen und bis zum Donnerstag, den 21. April, dauern. Ostern selbst fällt auf den 17. April.

— Aus Treptow wird der „Lampe" geschrieben, daß augenblicklich über ein neues Eisenbahnprojekt in unseren Kreisen vielfach gesprochen und sogar verhandelt wird. Die Breslau-Freiburg-Schweidnitzer Bahn hat bekanntlich die Verpflichtung, von Damm nach Wollin und Swinemünde weiter zu bauen, eine Verpflichtung, von der die Gesellschaft los zu kommen sucht, weil sie zu der Rentabilität der neuen Strecke kein Vertrauen hat. Sie soll daher dem Unternehmer der Damm-Colberger Bahn eine nicht unbedeutende Geldsumme geboten haben, wenn derselbe von Naugard oder Greifenberg aus eine Bahn über Gülzow nach Wollin baue. Dadurch hofft die Gesellschaft von ihrer Verpflichtung, selbst von Damm nach Wollin zu bauen, von dem Minister entbunden zu werden. Es verlautet ferner, daß der reichste Besitzer im Kreise Cammin bereits angegangen worden wäre, seinerseits sich mit einer erheblichen Summe an dem Bau der Bahn zu betheiligen. Obwohl uns diese Nachrichten scheinbar aus gut unterrichteter Quelle zugehen, so geben wir sie immerhin mit Vorbehalt wieder, vertrauen aber, daß bald mehr Licht in die Sache gebracht werden wird. Jedenfalls wäre dem Camminer Kreise auch dieses Projekt sehr willkommen, zumal, wenn es gelingen sollte, eine Zweigbahn etwa von Parlow Krug aus nach Cammin zu erhalten. Auch darum machen wir auf das in Rede stehende Projekt mit Nachdruck aufmerksam, daß die betheiligten Interessenten sich rechtzeitig rühren. Der eigenen Energie gebührt allein der Erfolg, das mögen sich namentlich die Camminer gesagt sein lassen.

⊙ **Von der hinterpommerschen Grenze**, 17. Februar. Auf dem Wege von Zippnow nach Jagdhaus ist am 11. d. eine schaudererregende Mordthat verübt worden, deren Opfer der Wirthschafter Karl Schmidt gewesen ist. Derselbe fuhr nebst dem Müllerknechte Albert Jaster mit Mahlgut nach Hause zurück und kehrte nicht heim. Der Knecht gab auf Befragen zur Antwort, der Schmidt sei in der Apotheke in Zippnow geblieben, um mit anderen Herren Karten zu spielen. Diese Angabe fand bei der Prinzipalin, der Frau Mühlenbesitzerin Mix, um so eher Glauben, da Schmidt schon öfter dort geblieben war. Als derselbe aber auch am 13. nicht anlangte, sandte man einen Boten nach Zippnow, welcher die Nachricht brachte, daß Schmidt sich in Gesellschaft des Knechtes Jaster ohne Aufenthalt auf den Rückweg begeben habe. Jetzt wurde man besorgt und machte beim Amtsvorsteher Herrn Hell in Briesnitz Anzeige. Dieser stellte Nachforschungen an und hierdurch entdeckte derselbe auf dem Wege von Zippnow nach Jagdhaus Blutspuren. Ebenso fand man solche auf dem zur Fahrt benutzten Wagen. Es lenkte sich somit der Verdacht des Mordes gegen den Müllerknecht Jaster, der gerade in Jastrow wegen eines Uhrendiebstahls vor dem Schöffengerichte stand. Auf Requisition des Amtsvorstehers ward derselbe dort verhaftet. Zu gleicher Zeit fand man auch die Leiche des Schmidt, in einen Pelz eingehüllt, in einem Zippnower Torfbruche. Dieselbe war gräßlich verstümmelt, namentlich war der Kopf förmlich zerschmettert, was auf Schläge mit einer Wagenrunge hindeutete. In der hierauf folgenden gerichtlichen Untersuchung gestand der Mörder nach hartnäckigem Leugnen seine Unthat, die er aus Rache wegen einer körperlichen Züchtigung begangen haben will. Der Bösewicht ist in Folge seines Geständnisses dem Landgerichte zu Schneidemühl übergeben worden. — Ein ähnliches Verbrechen ist in Vandsburg verübt worden, und zwar im Hause des dortigen Kaufmanns Neumann. Dort drang ein bis jetzt noch unbekanntes Individuum des Morgens um 5 Uhr in die Schlafstube, brachte zunächst der Frau Neumann Verletzungen bei, führte sodann furchtbare Hiebe auf den Kopf des schlafenden Ehegatten, die denselben betäubten, stach mit einem Messer nach dem in der Wiege schlummernden halbjährigen Kinde und drang endlich ins Nebenzimmer, wo er dem Dienstmädchen einen solchen Hieb auf den Kopf versetzte, daß ein Schädelbruch mit Erguß von Gehirnmasse erfolgte. An dem Aufkommen des letzteren ist zu zweifeln, und auch der Neumann dürfte seinen Wunden erliegen müssen.

, **Schwetz**, 17. Februar. Nachdem die Staatsregierung von der unentgeltlichen Hergabe des Terrains zu der Eisenbahnlinie Laskowitz-Konitz Abstand genommen und der Landtag neuerdings zur käuflichen Erwerbung des Grund und Bodens den Staatszuschuß von 270,000 Mark bewilligt hat, dürfte der Bau sofort, nach Bewilligung der vom Staate geforderten Leistungen seitens des Kreistages, in Angriff genommen werden. Die Eisenbahn-Direktion ist vom Minister angewiesen, mit der Ausführung spezieller Vorarbeiten nicht früher vorzugehen, bis diese Bewilligung seitens der betheiligten 3 Kreise: Schwetz, Tuchel und Konitz erfolgt ist. Der Antheil des Kreises Schwetz an dem oben erwähnten Zuschuß, 80,000 Mark, reicht zur Deckung der Gesammtkosten für Land- und sonstige Entschädigungen nicht aus. Der hiesige Kreis hat, nach einer Aufstellung der Direktion der Ostbahn, ausschließlich des erforderlichen forstfiskalischen Bodens, die Fläche von 63,39 Hektar herzugeben. Da über den Umfang der zu übernehmenden Leistungen der einzelnen Kreise noch keine genauen Vorlagen gemacht sind, ist nur eine annähernde Schätzung über die Höhe derselben möglich. Veranschlagt man den Werth des herzugebenden Grund und Bodens im hiesigen Kreise mit Rücksicht darauf, daß auch Ländereien sehr guter Bodenqualität darunter sind, auch mancherlei Wirthschaftserschwernisse besonders zu entschädigen sein werden, auf durchschnittlich 1500 Mark pro Hektar, so wäre die Summe von 95,085 Mark erforderlich, mithin noch ein Zuschuß seitens des Kreises von rund 15,000 Mark zu leisten sein. Man hegt die Erwartung, daß sich diese Summe noch wesentlich reduziren wird, da das Terrain von vielen Interessenten, welche ganz besondere Vortheile durch die Nähe der Bahn erlangen würden, unentgeltlich hergegeben oder doch billige Forderungen gestellt werden dürften. Die Kosten sollen gleich den anderen Kreisbeiträgen im Wirthschaftsjahre 1881 82 aufgebracht und unter besonderem Titel im Etat aufgeführt werden, falls der Kreistag nicht von dem ihm zustehenden Rechte Gebrauch macht und den bei der Anlage der Bahn interessirten Kreistheil entsprechend höher belastet. Außerdem nimmt man noch an, daß auch diejenigen Gemeinden und Güter, die zwar nicht unmittelbar von der Bahn berührt, aber durch die Nähe der einzurichtenden Haltestellen erheblich gewinnen würden, sich durch freiwillige Zeichnungen betheiligen werden. Das Resultat der dieserhalb nunmehr begonnenen Verhandlungen wird in der nächsten Sitzung des Kreistages zur Sprache gebracht werden. — Der hiesige Kreis gehörte bisher dem Fischerei-Verein für Ost- und Westpreußen an und hat sich bei demselben mit einem Betrage von 50 Mark jährlich betheiligt. Nachdem nun am 22. September v. Js. in Danzig ein neuer Fischerei-Verein für Westpreußen gegründet worden ist, der demnächst die Errichtung einer Central-Fischzucht-Anstalt in's Auge gefaßt hat, steht der Beitritt unseres Kreises zu dem Verein in sicherer Aussicht. Zu diesem Zwecke ist dem Kreistage die Bewilligung eines jährlichen Beitrages von 100 Mark auf 10 Jahre warm empfohlen.

Kunst und Literatur.

Der Orient. Geschildert von Amand von Schweiger-Lerchenfeld. Mit 200 Illustrationen in Holzschnitt und 32 Kartenbeilagen.

Wir lenken schon heute die Aufmerksamkeit unserer Leser auf dieses Prachtwerk, welches demnächst in 30 Lieferungen à 30 Kr. = 60 Pf. in A. Hartleben's Verlag in Wien zu erscheinen beginnt.

Eine besondere Zierde des Werkes werden die demselben beigegebenen 50 prachtvollen landschaftlichen Vollbilder, die berühmtesten Lokalitäten des klassischen Orients darstellend, sein, dann historisch treue geschichtliche Scenenbilder, charakteristische Architekturen, Waffen und Geräthe aus der heutigen Epoche, Bilder aus dem Leben aller Völker des Orients, Porträts und Typen, landschaftliche Charakterbilder, Marinen u. s. w. u. s. w. [18]

Vermischtes.

— (Der Sprengungsversuch des Windsor-Schlosses.) Das Gerücht von dem Komplot, um Windsor-Schloß in die Luft zu sprengen, verdankt seinen Ursprung, wie „Daily News" schreiben, folgendem Vorfall: „Am 10. Februar um 6 Uhr Abends, gerade als es dunkel wurde, traten zwei Fremde, welche ihrem Accent nach Irländer waren, in das Landhaus einer gewissen Frau Blay in Lammas-Avenue (Windsor) und fragten, welches die Ost- und Südseite der Kavalleriekaserne seien. Sie erwiderte, daß sie ihnen das nicht sagen könne, und Einer von ihnen fragte hierauf: „Wollen Sie mir erlauben, das da in Ihrem Waschhause zu lassen, bis wir es abholen?" und legte einen Sack auf den Boden, der irgend etwas enthielt, was einem Fäßchen zu $4^1/_2$ Gallonen glich. Er setzte hinzu, sie dürfe nicht neugierig sein oder mit dem Fäßchen sich zu schaffen machen. Sie lehnte es ab und sie fragten dann, wo sie ei leeres Haus finden könnten, um bis zum Einbruch der Dunkelheit dort zu bleiben, da sie Fremde seien. Nachdem sie einige Zündhölzchen begehrt, welche ihnen abgeschlagen wurden, verließen Beide das Landhaus und Einer trug das Fäßchen auf der Schulter fort. Die Polizei und das Militär wurden von diesem Vorfall verständigt und man gab sich alle Mühe, den verdächtigen Leuten auf die Spur zu kommen, aber es hat seitdem nichts von ihren Bewegungen verlautet."

Viehmarkt.

Berlin, 18. Februar. (Bericht der landwirthschaftlichen Bank in Berlin.) Es standen zum Verkauf: 131 Rinder, 607 Schweine, 753 Kälber, 220 Hammel.

Rindvieh, welches fast nur aus Ueberständen vom letzten Montag bestand, wurde nur zum kleinsten Theil unter vorwöchentlichen Bedingungen verkauft.

Von Schweinen waren Russen, welche je nach Qualität 47—54 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht brachten, ziemlich rasch vergriffen, während Landschweine, welche zum Theil aus bester Qualität bestanden, bei langsamem Geschäft um 1 bis 2 Mark im Preise zurückgingen.

Kälber wurden bei ruhigem Handel geräumt und je nach der Güte mit 40 bis 55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht bezahlt.

Ebenso wurden die anwesenden Hammel zu Montags-Preisen geräumt.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 18. Februar. Bei dem am 23. d. M. zu Ehren der Vermählung Sr. K. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Preußen beim deutschen Botschafter Prinzen Reuß stattfindenden Balle wird mit Genehmigung des Kaisers die bestehende Hoftrauer abgelegt.

London, 18. Februar. Gladstone begab sich heute früh nach Windsor, konferirte dort mit der Königin und kehrte alsbald wieder hierher zurück.

London, 18. Februar. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau" aus Blömbentein von heute ist der Volksrath des Oranje-Freistaates vom Präsidenten Brand mit einer friedlichen Rede eröffnet worden. Wie verlautet, würde die Majorität sich für strikte Neutralität in dem Kampfe zwischen den Boeren und den Engländern aussprechen.

Ein Telegramm aus Newcastle von gestern meldet: Die Truppenabtheilung des Generals Wood ist auf ihrem Marsche hierher zwar nicht angegriffen, aber von einer starken Abtheilung Boeren fortgesetzt beobachtet worden. In der Nachbarschaft von Newcastle wurde eine Anzahl Wagen und Vieh von den Boeren weggenommen.

London, 18. Februar. Meldung des „Reuter'schen Bureaus" aus Calcutta von heute:

Ein mit einer Mission an die indische Regierung betrauter Gesandter des Emirs von Afghanistan ist in Peschawur angekommen. Nachrichten aus Candahar zufolge war eine Abtheilung der Armee des Emirs in Ghaznie eingetroffen.

London, 18. Februar. Unterhaus. Im Laufe der Sitzung trat Parnell ins Haus ein und wurde von den irischen Deputirten mit lautem Beifall empfangen. Northcote richtete eine Aufforderung an den Sprecher betreffs Abänderung der neuen Vorschriften über die dringlichen Debatten, da andernfalls mehrere konservative Deputirte, obschon sie den Antrag Gladstone's billigten, doch wegen der Abstimmung in Verlegenheit gerathen würden. Der Sprecher erklärte, daß er seine Antwort bis zur nächsten Sitzung aussetzen müsse. Die Einzelberathung der irischen Zwangsbill wurde hierauf fortgesetzt.

Oberhaus. Der Herzog v. Argyll hielt seine Anschuldigungen gegen Lord Lytton aufrecht, der seinerseits dieselben nochmals widerlegte. Am Schluß der zweistündigen resultatlosen Diskussion erklärte Lord Lytton, er vertage seinen Antrag bezüglich Candahars auf den 28. d. M.

Madrid, 17. Februar. Alenzo Martinez ist zum Botschafter beim Vatikan und Mazo zum Gesandten beim italienischen Hofe ernannt worden.

Petersburg, 18. Februar. Das „Journal de St. Petersbourg" weist ebenfalls die Meldung der „Daily News" aus Khelat über den Marsch Skobeleff's als unbegründet zurück und bezeichnet dieselbe als eine sensationelle. General Skobeleff solle nicht durch persisches Gebiet marschiren, sondern vielmehr zurückkehren; von einem Marsche bis Merv sei niemals die Rede gewesen. Da die russischen Truppen einen Theil ihres Proviants aus Chorassan bezögen, liege es um so mehr im Interesse Rußlands, Persien keinen Anlaß zur Unzufriedenheit zu geben. Dem „Daily Telegraph" gegenüber, der von Lord Harlington über angebliche Vorschläge Rußlands betreffs einer Theilung Asiens Aufklärungen verlangt hatte, bemerkt das Journal, die russische Politik habe sich niemals mit solchen chimärischen Plänen beschäftigt, die russische Diplomatie habe niemals solch absurde Eröffnungen an England gemacht. Von einer Gebietstheilung sei niemals die Rede gewesen, Lord Clarendon und Fürst Gortschakoff hätten seiner Zeit nur die Absicht gehabt, eine Uebereinstimmung in den allgemeinen Fragen herbeizuführen, um einen modus vivendi zu fördern, durch welchen die privaten Interessen beider Staaten gesichert würden. Kein einziger Diplomat aber habe vorgeschlagen, die Schwierigkeiten in Asien mit einem Schlage zu lösen.